LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
15. Wahlperiode

Drucksache **15/4150**

27.02.2012

Kleine Anfrage 1634

der Abgeordneten Anna Conrads und Dr. Carolin Butterwegge DIE LINKE

Landesmittel für Projekt „Dortmund den Dortmundern“?

In ihrer jüngsten Ausgabe von Januar 2012 lenkte die antifaschistische Zeitung „Lotta“ den Blick der Öffentlichkeit auf das Projekt „Dortmund den Dortmundern – wem gehört die Stadt?“, das ein Träger namens Multilateral Academy gGmbH (MLA) mit großzügiger finanzieller Unterstützung aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ durchführen will.[1] Ziel des Projektes sei die Entwicklung, Erprobung und Realisierung eines didaktisch-methodischen Konzeptes zur Stärkung demokratischer Jugendlicher in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gruppen. Zu diesem Zweck plant der private Träger eine „Zukunftswerkstatt“ mit anschließenden „Kreativworkshops“, in denen 30 „demokratisch orientierte Jugendliche“ auf eine Gruppe von 30 Neonazis der Autonomen Nationalisten treffen, die sich der MLA zufolge aus 15 „Mitläufern“ und 15 überzeugten Kadern zusammensetzen soll. In „konfrontativer“ aber „fairer“ Auseinandersetzung sollen sich die Gruppen gegenseitig die Frage beantworten, wem die Stadt gehört.

Die mit dem Artikel einsetzende Debatte zeigte, dass das vorliegende Konzept wie die dafür vorgesehene, üppige Förderung aus dem Bundesprogramm von 164.000 Euro über drei Jahre Laufzeit äußerst umstritten ist. Fachleuten fehlt ein tragfähiges pädagogisches Konzept. Das hier zugrunde liegende Prinzip der akzeptierenden Jugendarbeit ist im praktischen Umgang mit neonazistisch orientierten Jugendlichen oftmals gescheitert, unter den eher kurzfristigen Bedingungen des geplanten Projektes ungeeignet und mit Blick auf die als geschlossene Einheit agierende Nazigruppe nahezu gefährlich. Gerade unter Einbeziehung neofaschistischer Kader, die man in Dortmund seit Jahren für zahllose brutale Übergriffe auf anders denkende und anders aussehende Menschen verantwortlich machen muss, birgt das Projekt das große Risiko, den militanten, nationalistischen Kräften eine öffentliche Bühne zu bieten.
Auch aus diesem Grund zogen sich eine Vielzahl der vom Träger angegebenen Kooperationspartner des Projektes von dem Vorhaben und seiner Durchführung zurück. Dazu gehören neben der städtischen Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie sowie dem Jugendamt der Stadt Dortmund auch die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremis-

[1] #46, S. 7f.

Datum des Originals: 27.02.2012/Ausgegeben: 27.02.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

mus in NRW, die in einer Erklärung die fachlichen Mängel des Projektes überdeutlich beschreiben: „Es ist in der Arbeit gegen Rechtsextremismus allgemein anerkannt, dass es mit Personen, die die Menschenrechte mit Füßen treten und ihr Gegenüber fundamentale Rechte (aufgrund von Herkunft etc.) verweigern wollen (bis hin zur Vernichtung), keinen gleichberechtigten, demokratischen Diskurs geben kann.“ (http://www.mobim.info/wordpress/?p=905)

Trotz dieser Bedenken und trotz der Tatsache, dass der Projektträger MLA keinerlei Referenzen in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen aufzuweisen hat (Lotta #46), hält das Bundesfamilienministerium an der Förderung des umstrittenen Projektes fest. Zusätzlich geht aus regionalen Pressebeiträgen hervor, dass auch das Landesjugendamt NRW bereits 82.000 Euro für das Projekt „Dortmund den Dortmundern“ bewilligt hat (http://www.wa.de/nachrichten/nordrhein-westfalen/neonazi-projekt-dortmund-schlaegt-wellen-1611816.html).

Ich frage daher die Landesregierung:

1. In welcher Gesamthöhe sind über welche Laufzeit Landesmittel zur Förderung des Projektes „Dortmund den Dortmundern“ vorgesehen?

2. Aufgrund welcher Kriterien erschien die Multilateral Academy gGmbH den für die Förderung verantwortlichen Landesbehörden für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und ideologisch gefestigten Neonazi-Kadern für geeignet?

3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, einen ausreichenden Schutz der teilnehmenden „demokratisch orientierten Jugendlichen“ vor Einschüchterungsversuchen und Gewalt seitens der militant-rechten Teilnehmer/innen während und nach dem Projekt sicherzustellen?

4. Welche der Kooperationspartner/innen des Landes rund um die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus waren an der Entscheidung zur Förderung des genannten Projektes „Dortmund den Dortmundern“ beteiligt?

5. Erwägen die für die Förderung verantwortlichen Landesbehörden anlässlich der jüngeren Erkenntnisse über das Projekt die Bewilligung der Landesmittel einer erneuten Prüfung zu unterziehen?

Anna Conrads
Dr. Carolin Butterwegge